



SPD Fraktion im
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt Dortmund

An die
Dortmunder Medien

14.05.08

Anreizsystem zum Strom sparen in Dortmund ausbauen - SPD und Grüne für bundeseinheitlichen Energiesozialtarif

Die **SPD-Fraktion** und die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** legen in der morgigen Ratssitzung einen gemeinsamen Antrag zum Tagesordnungspunkt „Energiesozialtarif“ vor (siehe Anlage).

Beiden Fraktionen ist bewusst, dass durch die massive Steigerung der Energiepreise in der letzten Zeit insbesondere einkommensschwache Haushalte vor großen Finanzierungsproblemen stehen. Aber auch viele andere Familien werden durch die Preissteigerung zunehmend kräftig belastet. SPD und GRÜNE schlagen deshalb in verschiedenen Maßnahmen vor, den Anspruch an eine soziale und gleichzeitig ökologische Energieversorgung zu verstärken.

„In einem ersten Schritt sollen deshalb die DEW 21 Vorschläge für Tarifmodelle vorlegen, die einerseits durch preiswerte Stromkontingente einen bezahlbaren Energiebezug sichern und andererseits durch steigende Preise für einen darüber hinaus gehenden Verbrauch Anreize zum Stromsparen schaffen. Zusätzlich sollen Vorschläge für einen Fonds auf den Tisch, der beim Austausch von stromfressenden Haushaltsgeräten hilft. Gerade einkommensschwache Familien sind hier bisher benachteiligt, weil sie häufig nur über ältere und energieintensive Haushaltsgeräte verfügen. Sie wollen wir bei einem Austausch ihrer Geräte und damit bei möglichen Energie- und Kosteneinsparungen unterstützen“, erläutert der **SPD-Fraktionsvorsitzende Ernst Prüsse**.

Mario Krüger, Fraktionssprecher der GRÜNEN: „Wir begrüßen, dass die Versuche der DEW 21 zur Reduzierung bzw. Verhinderung von Gas- und Stromsperrungen offensichtlich in jüngster Zeit erfolgreich waren. Unser Ziel muss es aber sein, die trotzdem noch vorhandene hohe Zahl von Sperrungen weiter zu reduzieren. Dazu sollen die von uns vorgeschlagenen Maßnahmen dienen. Unbestritten notwendig ist allerdings auch, die Regelsätze im SGB II und SGB XII hinsichtlich ihrer Bestandteile für den Bezug von Energie zu überprüfen. Sie müssen dringend an die steigenden Energiepreise angepasst werden. Eine bundesweite Erhöhung der Regelsätze insbesondere für Hartz- IV-EmpfängerInnen ist deshalb unumgänglich. Die betroffenen Menschen müssen in die Lage versetzt werden, ihre Stromrechnungen auch bezahlen zu können.“

Die Einführung eines Energiesozialtarifs wird von SPD und GRÜNEN befürwortet – wenn er denn auf Bundesebene eingeführt wird. Eine separate Einführung nur auf dem Tarifgebiet der DEW 21 hätte jedoch weitreichende Folgen.

„Wir können in Dortmund allein keinen Energiesozialtarif einführen, weil das massive Wettbewerbsnachteile für die DEW21 und damit Preissteigerungen für viele andere Kunden bedeuten würde. Vielmehr ist der Bund gefragt, die Einführung von bundeseinheitlichen Energiesozialtarifen zu prüfen und eine Finanzierung sicherzustellen. Das sagt auch die EU-Richtlinie zum Elektrizitätsbinnenmarkt aus. Danach ist die Bundesregierung gefordert, Maßnahmen zum Schutz benachteiligter Kunden zu treffen. Dazu fordern wir die Bundesregierung auf“, so **Ernst Prüsse und Mario Krüger.**